

B

Ausgabe Mai 2014

BERICHT
AUS DEM LANDTAG

FRAKTIONSCHIEFS VON CDU UND CSU TAGEN AUF BORKUM

Thema des Monats
**FRAKTIONSSPITZEN VON CDU
UND CSU TAGEN AUF BORKUM**

Aktuell
**FALL EDATHY: CDU KLAGT
ERNEUT AUF AKTENEINSICHT**

Klartext
**ROT-GRÜN GEGEN
DRITTE KRIPPENKRAFT**

Aus dem Parlament
**ECHTER TIERSCHUTZ
STATT POPULISMUS**

Veranstaltung
**KRANKENHÄUSER IN
NIEDERSACHSEN – IM
STERBEBETT?**

Aktuell
VON WEGEN HAUSHALTSLÖCHER

EDITORIAL



Sehr geehrte Damen
und Herren,

wie halten die Grünen das bloß aus? Unter der rot-grünen Landesregierung gibt es hunderte nächtlicher Abschiebungen von Asylsuchenden. Nur wenige Wochen nach Amtsantritt ordnete der Innenminister eine Abschiebung an, bei der mitten in der Nacht eine Familie auseinander gerissen wurde. Wer eine Abschiebung verhindern will, muss mit einem Eingreifen der Polizei rechnen. Jüngst hat der Innenminister sogar einen Mann abgeschoben, der mit seiner Musikgruppe für einen Integrationspreis vorgeschlagen war. Recht und Gesetz gelten für diesen Innenminister genauso, wie für seine Vorgänger. Wegen solcher Maßnahmen ist die Grünen-Abgeordnete Filiz Polat noch vor der Wahl in Tränen ausgebrochen und hat die Betroffenen öffentlichkeitswirksam besucht. Heute schweigt sie und trägt mit ihrer Stimme im Landtag dieses Vorgehen mit. Die CDU hat sie damals in die Nähe rechtsradikaler Partei gerückt - ein Vorgang, für den sie sich bis heute nicht entschuldigt hat. Fazit: Die SPD ist in der Realität angekommen, die Grünen stehen hilflos daneben und Frau Polat hat ihre Glaubwürdigkeit endgültig verloren.

Jens Nacke
Parlamentarischer Geschäftsführer

THEMA DES MONATS

FRAKTIONSSPITZEN VON CDU UND CSU TAGEN AUF BORKUM

Fraktionschefs fordern angemessene Würdigung der DDR-Bürgerrechtsbewegung beim Tag der Deutschen Einheit in Hannover sowie Wahrung der Hochschulautonomie

Im April stand die Nordseeinsel Borkum drei Tage lang ganz im Zeichen von CDU und CSU. Hintergrund: Das Gastgeberland Niedersachsen hatte zur turnusmäßigen Großen Fraktionsvorsitzendenkonferenz (FVK) von CDU und CSU auf die Insel geladen. Die FVK setzt sich zusammen aus den Vorsitzenden der Unionsfraktionen in den Ländern, Bund und Europa. Die Länder richten die Konferenz abwechselnd aus – nach 16 Jahren war dieses Mal Niedersachsen wieder an der Reihe. Den Vorsitz der FVK hat aktuell Thüringen inne.

Vom Reformationstag bis zur Hochschulpolitik

Das Themenspektrum der Konferenz war denkbar umfangreich: Neben innerer Sicherheit, Bildungsqualität und Tourismus standen auch der Tag der Deutschen Einheit, der Reformationstag 2017 sowie die Hochschulpolitik auf der Agenda. So sprachen sich die CDU/CSU-Fraktionschefs ausdrücklich für eine angemessene Würdigung der DDR-Bürgerrechtsbewegung beim diesjährigen Tag der Deutschen Einheit in Hannover aus. In den Planungen der rot-grünen Landesregierung in Niedersachsen spielt diese nur eine untergeordnete Rolle. Unter dem Motto „Vereint in Vielfalt“ soll stattdessen die Tatsache, dass in Deutschland Menschen aus zahlreichen Kulturen leben, im Mittelpunkt der bundesweit zentralen Veranstaltung zum 3. Oktober stehen.

„Der Tag der Deutschen Einheit ist kein beliebiges Fest der Kulturen, sondern der Nationalfeiertag der Deutschen, an dem wir uns darauf besinnen, was es bedeutet, in einem freien, vereinten und demokratischen Deutschland leben zu können“, betonte Niedersachsens CDU-Fraktionschef, Björn Thümler. „Gerade im 25. Jahr des Mauerfalls muss deshalb in besonderer Weise der DDR-Bürgerrechtler sowie der Millionen friedlicher De-



Auf dem Weg nach Borkum: Niedersachsens CDU-Fraktionschef Björn Thümler mit dem Vorsitzenden der FVK, Thüringens CDU-Fraktionschef Mike Mohring.

monstranten im ganzen Land gedacht werden, ohne die die Wiedervereinigung nicht geglückt wäre.“ In der heißen Phase des Europawahlkampfes standen natürlich auch europa- und bundespolitische Inhalte im Fokus der Konferenz. Als Gesprächspartner zu diesen Themen kamen der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Kauder sowie der Spitzenkandidat der CDU Deutschland für die Europawahl David McAllister nach Borkum. Sie bekamen prompt die Auswirkungen des Aprilwetters auf der Insel zu spüren: Weil die Ränder der Landebahn durch starken Regen völlig aufgeweicht waren, verzögerte sich der geplante Abflug zurück zum Festland um mehr als eine Stunde.

Auch wenn das Inselwetter am ersten Tag nicht unbedingt seine schönste Seite präsentierte, zeigten sich die Gäste aus ganz Deutschland sichtlich angetan von dem ostfriesischen Tagungsort. Pünktlich zur Inselexkursion verzog sich der Regen dann auch, sodass sich die Konferenzteilnehmer bei Sonnenschein und leichtem Wind über den Hochwasserschutz auf Borkum, das Naturerbe Niedersächsisches Wattenmeer und den Wirtschaftsfaktor Tourismus auf der Insel informieren konnten.

Die Beschlüsse der Fraktionsvorsitzendenkonferenz im Überblick:

„Bürgerrechtsbewegung beim „Tag der Deutschen Einheit in Hannover angemessen würdigen“

- Die Fraktionsvorsitzendenkonferenz von CDU und CSU spricht sich nachdrücklich für eine besondere Würdigung der Bürgerrechtsbewegung in der früheren DDR aus.

„Das 500. Reformationsjubiläum 2017 als bundesweiten Feiertag begehen“

- Am 31. Oktober 2017 feiern die protestantischen Christen den 500. Jahrestag des Thesenanschlags Martin Luthers.
- In einzelnen Bundesländern ist dieser Tag bereits auf Initiative und mit Unterstützung der Fraktionen von CDU und CSU zum einmaligen gesetzlichen Feiertag erklärt worden.
- Die CDU/CSU-Fraktionschefs der Länder fordern diejenigen Länder, in denen der Reformationstag 2017 noch kein gesetzlicher Feiertag ist, auf, diesen Weg ebenfalls zu beschreiten.
- Die Reformation steht für Wandel, Veränderung und Aufklärung. Ihre Erkenntnisse wie Freiheit oder aktive Weltverantwortung prägen bis heute das gesellschaftliche und kirchliche Leben in Deutschland und ganz Europa.

„Sicherung der Hochschulautonomie“

- Die Fraktionsvorsitzenden der Länder von CDU und CSU distanzieren sich von jeglichen Bestrebungen zur Einschränkung der Hochschulautonomie. Sie fordern alle Landesregierungen auf sich klar zur Freiheit von Forschung und Lehre zu bekennen.
- Hintergrund des Beschlusses sind aktuelle Gesetzesvorhaben aus Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg zur Einführung von Ziel- und Leistungsvereinbarungen beziehungsweise zur Verschärfung von Transparenzvorhaben bei der Drittmittelforschung.



Die Große Fraktionsvorsitzendenkonferenz von CDU und CSU tagte dieses Mal auf der Nordseeinsel Borkum.



Zu Beginn der Tagung standen Bundes- und Europathemen im Vordergrund. Als Gesprächspartner extra auf die Insel gereist: Volker Kauder (3. v.l.) und David McAllister (2. v.r.).



Haben auch auf hoher See alles fest im Griff: Björn Thümler, David McAllister, Julia Klöckner und Mike Mohring.

AKTUELL

FALL EDATHY: CDU KLAGT ERNEUT AUF AKTENEINSICHT

Weitere Pannen im Ermittlungsverfahren – längst stehen statt Kinderpornografie-Vorwürfen juristische Fragen im Mittelpunkt der Edathy-Affäre

Man kann Sebastian Edathy einiges vorwerfen, nur eines nicht: Dass er ein schlechtes Timing hätte. Wenn es darum geht, seine Sicht der Dinge in den großen Sonntagszeitungen und Magazinen unterzubringen, macht der unter dem Verdacht des Besitzes von Kinderpornografie stehende SPD-Abgeordnete a.D. offenbar vieles richtig: Er kommt regelmäßig in den Medien vor und das immer häufiger, ohne sich dabei über die gegen ihn im Raum stehenden, schweren Vorwürfe äußern zu müssen. Berichte über minderjährige Jungen, splinternackt, aufreizend vor der Kamera posierend und oftmals aus den ärmlichsten Gegenden Rumäniens stammend, spielten zu Beginn der Edathy-Affäre eine Rolle. Das war im Februar. Mittlerweile ist nichts mehr von entblößten Kinderkörpern zu lesen – obwohl inzwischen in den Medien behauptet wird, dass Edathy zweifelsfrei kinderpornografisches Material besessen haben soll. Heute steht der Name Edathy vor allem in einer Zeile mit Begriffen wie „Immunität“, „Rechtmäßigkeit“, „Verfahrensfehler“ oder „Verfassungswidrigkeit“.

Einen wesentlichen Grund dafür sieht die stellvertretende Vorsitzende der niedersächsischen CDU-Landtagsfraktion, Mechthild Ross-Luttmann, in dem von Pannen und Indiskretionen gekennzeichneten Verfahren gegen Edathy: „Die eigentlichen Opfer in der Affäre, minderjährige Kinder, spielen inzwischen kaum noch eine Rolle. Die Edathy-Debatte wird bestimmt von den Ungereimtheiten und Unzulänglichkeiten während der Ermittlungen. Dazu zählt leider auch die peinliche Frage, inwieweit sich die Staatsanwaltschaft Hannover über die zweifelsfreie Aufhebung von Edathys Immunität informiert hatte, als sie dessen Wohnung durchsuchen ließ.“



Mechthild Ross-Luttmann, MdL – stellvertretende Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion.

Um das Knäuel aus Desinformationen und zweifelhaften Verfahrensschritten zu entwirren, hatte die CDU-Fraktion bereits am 20. Februar 2014 Einsicht in die Ermittlungsakten im Fall-Edathy beantragt – bis heute kommt die rot-grüne Landesregierung dieser Forderung nicht nach. Am 13. Mai zog die CDU-Fraktion daraufhin erneut mit einer Klage vor den Niedersächsischen Staatsgerichtshof – der Fall Paschedag lässt grüßen. „Das Muster wiederholt sich“, beklagt Ross-Luttmann. „Diese Landesregierung will das Parlament an die kurze Leine nehmen. Informationen werden wie Herrschaftswissen behandelt und nur an Parlamentarier weitergegeben, wenn es Rot-Grün in den politischen Kram passt und dann auch nur teilweise.“

Auf die Edathy-Affäre übertragen bedeutet das: Während die (dem Niedersächsischen Justizministerium unterstellte) hannoversche Staatsanwaltschaft eine lange Pressekonferenz zum Verfahren gegen Edathy abhält und dabei auch einen Einblick in den Ermittlungsstand gibt, bekommt die Opposition kaum eine Aktenseite zu Gesicht. Während seit Kurzem offenbar der vollständige Ermittlungsbericht des Landeskriminalamts (LKA) zu Edathy einzelnen Sendern und Zeitungen vorliegt, wiegelt die Landesregierung das Akteneinsichtbegehren der Opposition mit Verweis auf das Ermittlungsverfahren ab. „Mit dieser Geheimniskrämerei verletzt Rot-Grün elementare Rechte des Parlaments“, kritisiert Ross-Luttmann mit Blick auf Art. 24 Abs. 2 der Niedersächsischen Verfassung. Danach sind Akten dem Parlament unverzüglich und vollständig vorzulegen.

Wann sich das Verfassungsgericht mit der CDU-Klage befassen wird, ist noch nicht klar. Sicher ist nur: bis es soweit ist, wird sich Edathy noch einige Male in eigener Sache zu Wort melden.

KLARTEXT: ROT-GRÜN GEGEN DRITTE KRIPPENKRAFT

Mit dem Mai-Plenum ist eine Qualitätsoffensive in den niedersächsischen Kindertagesstätten inklusive besserer Personalausstattung erneut in weite Ferne gerückt. In namentlicher Abstimmung haben sich die Abgeordneten von SPD und Grünen ausdrücklich gegen ein von der CDU vorgeschlagenes Programm zur sofortigen Einführung der dritten Krippenkraft ausgesprochen. „Das war ein trauriger Tag für alle Eltern und Kita-Mitarbeiter – Rot-Grün hat sie auf ganzer Linie enttäuscht“, sagt die CDU-Landtagsabgeordnete Astrid Vockert.

Das CDU-Sofortprogramm sieht für die rund 2500 niedersächsischen Krippengruppen ab August 2014 einen Personalkostenzuschuss für eine dritte Kraft in Höhe von 52 Prozent durch das Land vor. Ab dem 1. Januar 2015 sollen auf Antrag 100 Prozent der Kosten für die zusätzliche Betreuungskraft vom Land übernommen werden. Darüber hinaus hat die CDU-Fraktion die rot-grüne Landesregierung aufgefordert, unverzüglich einen Stufenplan vorzulegen, in dem weitere Schritte zur Verbesserung der Bildungs- und Betreuungsqualität in Kitas bis 2017 festgelegt sind. „Unseren Vorschlag lehnen sie ab, aber mehr als Worthülsen und schöne Ankündigungen hat Rot-Grün beim Thema frühkindliche Bildung nicht zu bieten“, kritisiert Vockert. „Der Finanzminister bremst, die Kultusministerin schweigt und der Ministerpräsident ruft mal wieder nach Geld vom Bund.“

Kaum ein anderes Thema hat in den letzten Jahren einen so großen Bedeutungszuwachs erfahren, wie die Förderung und Betreuung der Kleinsten. Derzeit werden in niedersächsischen Krippengruppen in der Regel 15 Kinder im Alter bis zu drei Jahren von zwei Fachkräften betreut. Dabei ist gerade in dieser Altersgruppe der Betreuungsaufwand – beispielsweise beim Füttern und Wickeln – besonders hoch. Eltern, Erzieher und Fachleute sind sich einig: So kann es nicht weitergehen.



Astrid Vockert, MdL – CDU-Landtagsabgeordnete.



Gerade bei den Kleinsten ist der Betreuungsaufwand besonders hoch – da sie noch gefüttert und gewickelt werden müssen. Zu zweit bei 15 Kindern bedeutet das puren Stress für die Krippenkräfte.

Foto: dpa

Um die Einführung der dritten Krippenkraft sowie weitere Qualitätsverbesserungen in den Kindertagesstätten durchzusetzen, hat die Kita-Volksinitiative mehr als 100.000 Unterschriften gesammelt. Bei der Anhörung im Kultusausschuss dann der Schock: SPD und Grüne verweigern ihre Unterstützung. „Dabei fordert die Volksinitiative gar nicht, dass ihre Forderungen von heute auf morgen umgesetzt werden. Alles, was sie wollen, ist ein Signal, dass ihr Anliegen ernstgenommen wird und erste entscheidende Weichenstellungen erfolgen“, so Vockert. „Im Wahlkampf haben Abgeordnete von SPD und Grünen auf den Listen der Volksinitiative unterschrieben. Nun haben sie das Gegenteil beschlossen – das ist beschämend.“

Vockert kündigte an, dass die CDU-Fraktion die Forderung nach einer schnellen Qualitätsverbesserung durch eine flächendeckende dritte Krippenkraft aufrechterhalten werde. „Wir setzen SPD und Grüne in dieser Frage weiter unter Druck. Zum Wohle unserer Krippen-Kinder.“

AUS DEM PARLAMENT ECHTER TIERSCHUTZ STATT POPULISMUS

Unüberlegter Aktionismus: Agrarminister Meyer will Kupieren von Schweineschwänzen in Niedersachsen ab 2017 ohne praxistaugliche Alternativen verbieten

Es ist ein kleiner rosa Ringelschwanz, der den niedersächsischen Schweinezüchtern derzeit große Sorgen bereitet. Grund dafür ist die Ankündigung von Grünen-Agrarminister Meyer, in Niedersachsen solle ab 2017 Schluss sein mit dem Kupieren von Schweineschwänzen – auch wenn es bis dahin keine praxistauglichen Alternativlösungen gibt, um das problematische Schwanzbeißen unter den Tieren in den Griff zu bekommen.

Kannibalismus ist bei

Schweinen ein Riesenproblem

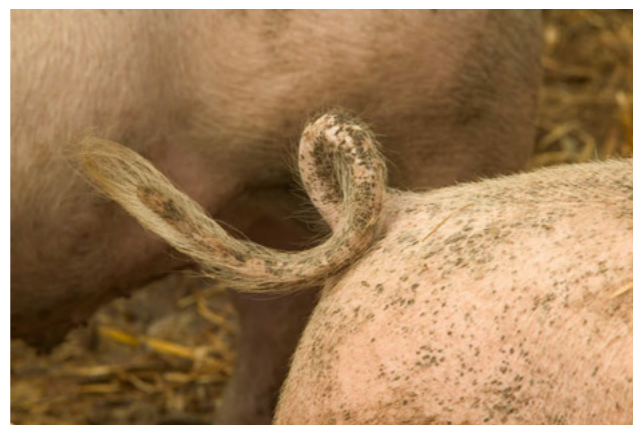
Der agrarpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Helmut Dammann-Tamke wirft Meyer deshalb „unüberlegten Aktionismus“ vor. „Eine ausschließlich ideologisch motivierte Agrarpolitik, die die tatsächlichen Gegebenheiten ignoriert, erweist dem Tierschutz und den landwirtschaftlichen Familienbetrieben einen Bärendienst“, so Dammann-Tamke.

Kannibalismus ist bei Schweinen ein Riesenproblem. Vor allem das Schwanzbeißen tritt immer wieder auf. Dabei wird der Schwanz von den Artgenossen teilweise bis zum Rückenmark aufgefressen – die Folge sind schmerzhafte Abszesse, Entzündungen und bakterielle Infektionen, die im schlimmsten Fall zum Tod des Tieres führen können.

Eines der Hauptmotive für dieses Verhalten liegt laut einem Gutachten der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) in dem „Bedürfnis von Schweinen nach explorativem Schnüffeln und Wühlen“. Praxistaugliche Lösungen zur Vermeidung des Schwanzbeißens sind Mangelware. Bei akuten Problemen im Bestand wird bislang der Schwanz mittels



Helmut Dammann-Tamke, MdB – agrarpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion.



Ein Ringelschwanz sorgt für mächtig Ärger: Das Schwanzbeißen ist ein großes Problem in der Schweinehaltung. Jetzt will Agrarminister Meyer das Kupieren in Niedersachsen verbieten – auch wenn es bislang keine wirksamen Alternativen gibt.

Foto: dpa

einer Zange abgezwickelt, um den Tieren so weniger Angriffsfläche zu bieten. Ein routinemäßiges Kupieren von Schweineschwänzen ist europaweit verboten.

Neben den unkalkulierbaren Gefahren für das Tierwohl birgt das geplante Verbot des Agrarministers auch wirtschaftliche Risiken. „Der von Meyer propagierte Weg droht vor allem die Ferkelerzeuger in eine aussichtslose Lage zu manövrieren“, sagt Dammann-Tamke. Die Schweinezucht erfolgt in der Regel in einem zweistufigen System mit Ferkelerzeugung und -aufzucht in der ersten Phase, der sich die Mast anschließt. „Wenn das Kupieren von Schwänzen in Niedersachsen generell verboten wird, werden sich die Mäster nach neuen Lieferanten aus dem benachbarten Ausland umsehen“, warnt der CDU-Agrarexperte. „Die Ferkelerzeugung in der Hand bäuerlicher Familienbetriebe wäre dann in Niedersachsen bald Geschichte.“

Mit einem Antrag fordert die CDU-Landtagsfraktion die rot-grüne Landesregierung deshalb jetzt auf, umsetzbare Leitlinien zu erarbeiten, die das Kupieren verzichtbar machen. So sieht es auch der niedersächsische Tierschutzplan vor. Zudem sollen die betroffenen Betriebe bei in Kraft treten eines Verbots bei der Umsetzung unterstützt werden.

VERANSTALTUNG KRANKENHÄUSER IN NIEDERSACHSEN – IM STERBEBETT?

Erreichbarkeit medizinischer Versorgung in den Vordergrund rücken – gesundheitspolitische Veranstaltung der CDU-Fraktion

Wenn das wirtschaftliche Fundament der Krankenhäuser Risse hat, ist die wohnortnahe Versorgung gefährdet. In Niedersachsen können mehr als 50 Prozent der Krankenhäuser ihre Kosten nicht mehr durch Einnahmen decken. Brauchen die Krankenhäuser mehr Geld oder sind strukturelle Probleme die Ursache? Was ist zu tun in Niedersachsens Krankenhauslandschaft? Diesen Fragen ist die CDU-Landtagsfraktion im Rahmen einer Fachtagung mit zahlreichen Funktionsträgern aus dem Gesundheitsbereich nachgegangen.

Lutz Stroppe, Staatssekretär im Bundesministerium für Gesundheit, betonte vor den rund 180 Teilnehmern die hohe Bedeutung einer guten Personalausstattung der Krankenhäuser. „Mir geht es um gute Lösungen im Sinne der Patientinnen und Patienten. Gute Behandlung ist nur da möglich, wo auch ausreichend Personal zur Verfügung steht. Denn eine dauerhafte Überlastung des medizinischen und pflegerischen Personals kann zu Fehlern führen“, so Stroppe. „Tariflich bedingte Erhöhungen der Betriebsmittel müssten auch beim Personal ankommen.“ Der Bund wolle seinen Anteil beitragen und die Länder bei der Weiterentwicklung der Krankenhausplanung von einer standortbasierten zu einer erreichbarkeitsbasierten Versorgungsplanung unterstützen und auf Qualität abstellen.

Niedersachsen müsse seiner Verantwortung für eine qualitativ hochwertige Krankenhausversorgung gerecht werden, forderte CDU-Gesundheitsexperte Norbert Böhlke. „Die dafür dringend benötigten Mittel muss die rot-grüne Landesregierung durch Umschichtung bereitstellen.“ Die Tatsache, dass in Niedersachsen mehr Menschen bei immer geringer werdenden Bettenzahlen behandelt würden, erfordere mehr Effizienz und Investitionen. Hilbers: „Niedersachsen braucht eine flächendeckende, wohnortnahe Versorgung mit Krankenhäusern. Medizinische Leistung muss für je-



Reiste extra für die Veranstaltung aus Berlin an: Lutz Stroppe, Staatssekretär im Bundesgesundheitsministerium.



Diskutierten mit rund 180 Teilnehmern über die Zukunft von Niedersachsens Krankenhauslandschaft: Dr. Boris Augurzky, Jörg Niemann, Norbert Böhlke, Helge Engelke und Reinhold Hilbers (v.l.).

dermann zugänglich sein.“ Auch Jörg Niemann, Leiter der vdek-Landesvertretung Niedersachsen, sieht die Landesregierung in der Verantwortung: „Der entscheidende Impuls kann nur vom Sozialministerium kommen. Schließlich hat das Land die Letztverantwortung für die Krankenhausplanung.“

Das Hauptproblem der kleinen niedersächsischen Krankenhäuser liegt laut Dr. Boris Augurzky, Leiter des Kompetenzbereichs Gesundheit beim Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung e.V., in ihrem geringen Spezialisierungsgrad. Ein mögliches neues Geschäftsmodell vor allem für den ländlichen Raum sieht er in ambulant stationären Gesundheitszentren mit Apotheken, Präventions-, Reha- und Pflegeangeboten sowie einer Notfallversorgung aus einer Hand.

Der Verbandsdirektor der Niedersächsischen Krankenhausgesellschaft, Helge Engelke, plädierte schließlich für mehr Anerkennung der enormen Leistungsfähigkeit der Krankenhäuser. „Sie sind Wirtschaftsmotoren und keine Kostenfaktoren.“

AKTUELL

VON WEGEN HAUSHALTSLÖCHER

Ein außerordentlich positiver Jahresabschluss 2013 und die Aussicht auf Steuermehreinnahmen in Höhe von 171 Millionen Euro bis 2017: Die finanziellen Rahmenbedingungen in Niedersachsen sind so günstig wie nie. Angesichts dieser Zahlen fordert der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Reinhold Hilbers, die Landesregierung auf, endlich die Haushaltskonsolidierung sowie den Abbau der Neuverschuldung voranzutreiben. „Nach dem Regierungswechsel hat Rot-Grün über angeblich riesige Löcher im Haushalt 2013 fabuliert. Jetzt stellt sich heraus, unsere Finanzplanung mit dem Ziel der Schuldenbremse 2017 war einwandfrei“, betont der CDU-Finanzexperte.

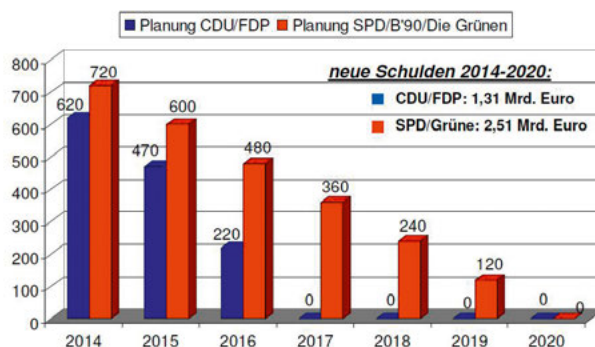
Doch trotz Rekordsteuereinnahmen und gutem Jahresabschluss – ans Sparen oder gar an die Rückzahlung alter Schulden denkt der Finanzminister offenbar nicht. Im Gegenteil: Während der Bund seine Steuermehreinnahmen nutzt, um einen Haushalt ohne neue Schulden vorzulegen, sieht der rot-grüne Haushaltsplan in Niedersachsen für 2014 sogar 100 Millionen Euro mehr neue Schulden vor, als im vergangenen Jahr.

Dabei sind sogar noch hohe Millionenbeträge übrig, die nicht im Haushalt verplant sind! Aktuell kann Finanzminister Schneider über Rücklagen in Höhe von 430 Millionen Euro verfügen. Hinzu kommen 214 Millionen zusätzliche Einnahmen aus der geschickten Umbuchung eines Verkaufserlöses von Landesvermögen. Hilbers: „Damit entsteht ein Polster von rund 650 Millionen Euro. Anstatt in die Erfüllung rot-grüner Wahlversprechen oder in Rücklagen für den nächsten Landtagswahlkampf, fordern wir die Landesregierung auf, die zusätzlichen Einnahmen in einen Nachtragshaushalt zum Abbau der Neuverschuldung fließen zu lassen. Die Absenkung der Nettokreditaufnahme ist die einzig richtige Reaktion auf die Mehreinnahmen.“

Angesichts der hervorragenden Einnahmesituation fordert Hilbers den Finanzminister auf, auch 2015 bei der Neuverschuldung kräftig auf die Bremse zu treten. „Die Neuverschuldung muss 2015 deutlich unter den bisher geplanten 600 Millionen Euro bleiben.“ Rot-Grün müsse zudem endlich an den Verhandlungstisch zurückkehren, um über das Neuverschuldungsverbot zu beraten. „Es gibt keine Ausreden mehr für SPD und Grüne, sie müssen endlich über eine Schuldenbremse 2017 verhandeln“, so Hilbers. „Schneiders Ankündigung, erst 2020 ohne neue Schulden auszukommen, spricht für Ambitionslosigkeit. Wann, wenn nicht jetzt, ist Zeit für einen Kurswechsel hin zu einem schnellen Ende der Neuverschuldung.“



Reinhold Hilbers, MdL – stellvertretender Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion.



Angesichts der positiven Einnahmesituation fordert Reinhold Hilbers für 2015 eine deutlich geringere Neuverschuldung als die bisher von der Landesregierung geplanten 600 Millionen Euro.

TERMINE

25. Mai 2014
Wahl des Europäischen Parlaments
 26. Mai bis 28. Mai 2014

Klausurtagung der CDU-Landtagsfraktion in Baden Baden

25. Juni bis 27. Juni
Plenarsitzung des Niedersächsischen Landtags

IMPRESSUM

Herausgeber:
 CDU-Fraktion
 im Niedersächsischen Landtag
 Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
 30159 Hannover
www.cdu-fraktion-niedersachsen.de

V.i.S.d.P.:
 Jens Nacke MdL
 Parlamentarischer Geschäftsführer

Redaktion:
 Anna Anding
 Dr. Eike Frenzel
 Sabine Busse
 Telefon (05 11) 3030-4119

bl@cdu-fraktion-niedersachsen.de

Die Fraktion auf Facebook
<http://www.facebook.com/CDU.LtFraktion.Nds>